

Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung



41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in: BAG Lesbenpolitik & BAG Schwulenpolitik
Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu FH-TV-01

Nach Zeile 80 einfügen:

Die Verfolgung und Diskriminierung von LSBTIQ* im Nationalsozialismus, in der Bundesrepublik und in der DDR ist bis heute nur unzureichend aufgearbeitet. Wir werden eine wissenschaftliche Aufarbeitung dieses Teils deutscher Rechts- und Gesellschaftsgeschichte vorantreiben, zum Beispiel auch die Verschleppung lesbischer Frauen in Konzentrationslager und in Bordelle der Wehrmacht während es des Zweiten Weltkrieges. Unter anderem dafür wollen wir die Bundesstiftung Magnus Hirschfeld beauftragen und ausreichend ausstatten.

Wir begrüßen, dass die Entschädigung und Rehabilitierung der Opfer des §175 StGB und des §151 DDR-StGB in Angriff genommen wurden. Jenseits des Strafrechts wurden auch lesbische Frauen, Transsexuelle und Transgender im Nationalsozialismus verfolgt und diskriminiert. Über die derzeitige beschlossene Rehabilitierung und Entschädigung hinaus fordern wir eine angemessene und ausreichende Kollektiventschädigung, die jährlich Projekte im Bereich der LSBTIQ*-Senior*innen zur Verfügung gestellt wird. Wir wollen zudem die Rehabilitierung und Entschädigung sowie die Wiederherstellung der Würde aller Opfer erreichen, bevor auch hier der Zeitablauf eine persönliche Entschuldigung unmöglich macht. Dazu wollen wir einen Härtefond einrichten.